

Abschiebestopp in den Irak und den Iran

Eingebracht vom Ausschuss A4 über den Erweiterten Vorstand

Antrag Nr. 49-23-26

Vollversammlung vom 10.06.2024

I. Antrag:

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München beantragt einen sofortigen Abschiebestopp in den Irak und den Iran.

Der Migrationsbeirat fordert den Oberbürgermeister der Stadt München höflich auf, sich auf Landes- und Bundesebene für einen Abschiebestopp in den Irak und den Iran einzusetzen. Die humanitäre Situation in beiden Ländern erlaubt keine Abschiebungen. Der Schutz der Menschenrechte muss oberste Priorität haben.

II. Begründung:

Abschiebungen in den Irak:

Aufgrund fehlender diplomatischer Beziehungen fanden jahrelang kaum Abschiebungen in den Irak statt. Seit November 2023 werden diese jedoch massiv vorangetrieben, was besonders die Minderheit der Jesiden sowie andere schutzbedürftige Gruppen wie Frauen, Kinder und Kranke betrifft. Einige Bundesländer, wie Nordrhein-Westfalen und Thüringen, haben zumindest einen temporären Abschiebestopp für jesidische Frauen und Mädchen erlassen. Bayern hingegen schiebt mit besonderer Härte ab.

Die zahlreichen negativen Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bezug auf Jesiden sind für uns unverständlich. Obwohl Deutschland seit 2023 den Völkermord an den Jesiden anerkennt, führt dies nicht zu positiven Asylentscheidungen. Wir fordern dringend eine Überprüfung der abgelehnten Asylanträge.

Das Bayerische Innenministerium beruft sich bei Abschiebungen auf die Entscheidungen des BAMF. Letztlich liegt die Verantwortung für die Durchführung einer Abschiebung jedoch auch beim Innenministerium. Während andere Bundesländer aufgrund der verheerenden Situation für Jesiden im Irak einen Abschiebestopp beschlossen haben, setzt Bayern die Abschiebungen fort. Das ist vollkommen inakzeptabel. Bayern muss dringend einen Abschiebestopp für Jesiden beschließen.

Abschiebungen in den Iran:

Angesichts des drastischen Anstiegs der Hinrichtungen im Iran – ein Anstieg um 41 % im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr, wie erst kürzlich in zahlreichen Medienberichten bekannt wurde – ist es nicht hinnehmbar, dass Abschiebungen weiterhin stattfinden. Es reicht nicht, Solidarität mit den Menschen im Iran zu bekunden und dann untätig zu bleiben bzw. dorthin abzuschicken, wo Menschenrechte massiv verletzt werden. Trotz des Anstiegs der Hinrichtungen schiebt Bayern weiterhin Personen in den Iran ab. Der seit den Protesten im Iran geltende bundesweite Abschiebestopp wurde 2024 nicht verlängert.

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München fordert die Verantwortlichen in Bund und Land auf, Abschiebungen in den Iran ab sofort auszusetzen.

III. Beschluss nach Antrag

Einstimmig beschlossen

gez.
Dimitrina Lang
Vorsitzende

gez.
Lara Galli
1. Stellvertretende Vorsitzende

gez.
Arif Abdullah Haidary
2. Stellvertretender Vorsitzender